04/2017

DAS MAGAZIN DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT ARBEIT E.V.

Forum Arbeit

ZUR SACHE Demokratie lebt vom Mitmachen **MAGAZIN** Nachrichten aus dem Verband **TITEL** Demokratie gestalten **BAG ARBEIT TRIFFT** Wolfgang Merkel **VOR ORT** 48° Süd und Bildungspark Heilbronn - Franken **VERANSTALTUNGSTIPPS** Seminare auf einen Blick **NACHGEFRAGT** bei Fabian Weiß

bag arbeit

Demokratie gestalten

Anzeige

Datenübernahme? Kein Problem:
JETZT UMSTEIGEN AUF BUTLER 21 SERVICES

Wie Sie einfach mehr Nutzen und mehr Wert aus Ihrer täglichen Betreuungsarbeit schöpfen? Mit butler 21 Services – die ganzheitliche IT-Lösung, die viele Extras wie das mobile und vernetzte Arbeiten, das papierarme Büro, die professionelle Datensicherung oder den Online-Banking-Service bereits inklusive hat.

Sie würden auch gerne umsteigen und die vielen Vorteile der butler 21 Services nutzen? Aber Sie haben die Sorge, dass bei der Datenübernahme aus Ihrem Alt-System „irgendwas schiefgehen“ könnte? Keine Sorge. Die professionelle Übernahme Ihrer Daten ist ebenso in unserem Umsteigerpaket enthalten wie eine dreitägige Schulung oder die intensive und kostenfreie Begleitung in der Anfangszeit.

Erfahren Sie mehr über das Mehr an Möglichkeiten mit butler 21 Services. Fordern Sie am besten gleich Ihr unverbindliches Angebot an oder rufen Sie einfach an. Wir sind gerne für Sie da.

Iris Werf
0261 201615-605
iris.werf@prosozial.de

pro sozial

www.betreuungssoftware.de

Inhalt

Foto: Julia Baumgart

Zur Sache

Demokratie lebt vom Mitmachen 2
Marc Hentschke

Magazin

Populäre Wahlen 3

Verweildauer im SGB II 4

Buch- und Filmtipp 4

Demokratie gestalten

Demokratie ohne Langzeitarbeitslose 5
Martin Tertelmann und Friedrich Kern

Sechs Fragen zum Grundeinkommen
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn 10

Wie können sich Geflüchtete politisch beteiligen? 15
Ana Bojadjievska

bag arbeit trifft

Prof. Dr. Wolfgang Merkel 18

Vor Ort

48° Süd gGmbH 22

Bildungspark Heilbronn-Franken 26

Veranstaltungstipps 30

Nachgefragt

Fabian Weiß 32

Demokratie lebt vom Mitmachen

Unser Autor Marc Hentschke

ist geschäftsführender Vorstand der bag arbeit und Geschäftsführer der Neuen Arbeit Stuttgart.

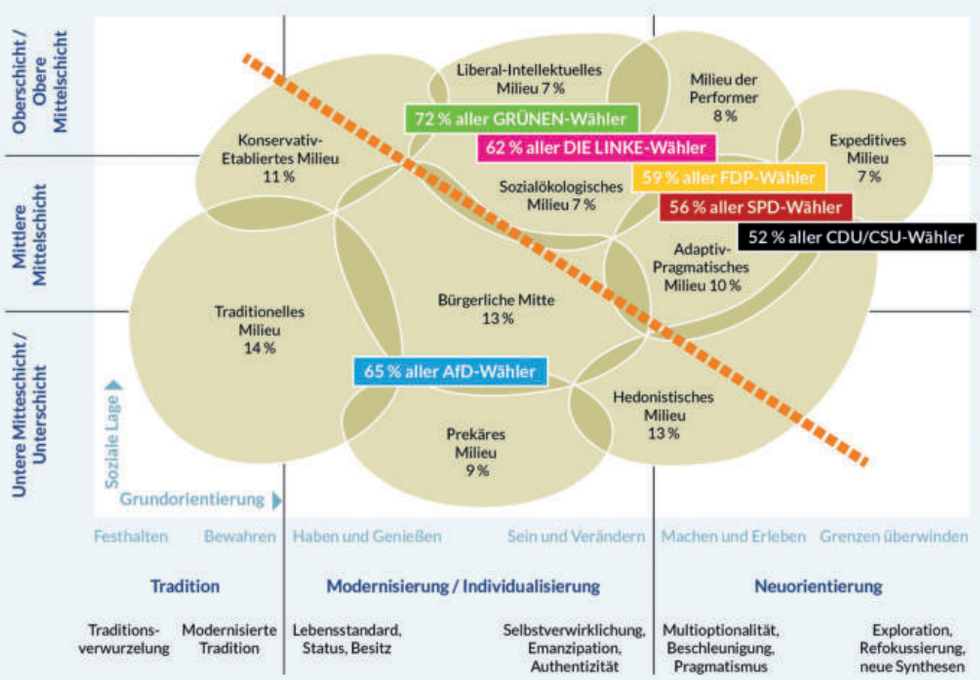
Ein Diskussionsbeitrag eines ehemaligen Staatssekretärs zum Thema soziale Teilhabe: „Das Beste ist, wir lassen die zufrieden und die lassen uns zufrieden. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft kann sich erlauben, eine Millionen Menschen bis zur Rente zu alimentieren. Das ist günstiger als wenn wir uns um die Menschen kümmern, das wollen die doch in Wirklichkeit nicht“.
Er sprach aus, was viele spüren. Die regierenden Parteien haben kein Interesse daran, Menschen am Rande als Wähler zu gewinnen: Soziale Themen sind kaum wahlbeeinflussend und noch weniger entscheidend. Dies bestätigte sich auch im Wahljahr 2017. Rückblickend entsprach die Politik der regierenden Parteien in den letzten Jahren dieser Maxime. Unter Federführung der CDU waren die großen Sparrunden 2012 stark geprägt durch das Zusammenstreichen von Unterstützung für Langzeitarbeitslose. Unter der SPD Führung gelang es nicht, das Thema „Reduzierung der Langzeitarbeitslosen“ zu platzieren. Es blieb bei einer Symbol- und Alibipolitik: hin und wieder mal ein Programmchen für die Galerie und die öffentliche Wirkung. Der Fokus lag auf Rentenpolitik und Gewerkschaftsthemen.

Ob Politik an den Wählerinnen und Wählern ausgerichtet werden sollte oder an der wahlberechtigten Bevölkerung, bleibt solange eine akademische Diskussion, wie große Teile von Randgruppen nicht wählen. Das System „Interesse an Politik und Interesse der Politik“ bedingt sich gegenseitig. Wenn es gelingt, den Kreislauf an einer Stelle zu durchbrechen, ist es wahrscheinlich, dass sich auch Haltungen und daraus folgend politische Programme oder Wahlbeteiligungen ändern. Welche Macht hinter einer hohen Wahlbeteiligung bzw. der Aktivierung von Nichtwählern steht, wurde bei der ersten Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der USA sichtbar. Ohne die Stimmen aus prekären Milieus, die zum großen Teil aus Gelegenheitswähler oder Nichtwähler bestanden, wäre Obama nie Präsident geworden. Ohne Obama als Präsident hätten tausende in den prekären Milieus USA noch immer keine Krankenversicherung.
Demokratie und das Gesellschaftssystem lebt vom Mitmachen. Ein Schlüssel, um gesellschaftliche Teilhabe, auch bezogen auf Arbeit und Bildung für Randgruppen, zu erhöhen, liegt in dem Mitmachen bei Wahlen. Es ist nicht der einzige Zugang zur Veränderung, aber ein in den letzten Jahren nicht besonders gepflegter Hebel, der eine Menge Potential verspricht.

Populäre Wahlen

Die Bundestagswahl 2017 wird bereits jetzt von vielen Beobachtern als „Zäsur“ für die Demokratie in Deutschland bezeichnet. Aber worin genau besteht diese Zäsur? Die Ergebnisse der Studie „Populäre Wahlen“ der Bertelsmann Stiftung von Dr. Robert Vehrkamp und Klaudia Wegschaider zeigen zunächst, dass der AfD-Effekt zu einer spürbaren Verringerung der sozialen Spaltung der Wahlbeteiligung beigetragen hat. Grund dafür waren die überdurchschnittlichen Mobilisierungserfolge der AfD in den sozial prekären Nichtwählerhochburgen. Gerade in diesen Milieus erodieren die etablierten Parteien, und entlang ihrer Milieugrenzen entsteht eine neue Konfliktlinie der Demokratie. Diese neue Konfliktlinie verläuft als diagonaler Riss durch die Mitte unserer Gesellschaft. Entlang dieser Konfliktlinie trennen sich Modernisierungsskeptiker und Modernisierungsbefürworter; dies hat das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2017 geprägt. Mit der AfD hat sich im Lager der sozial-kulturellen Modernisierungsskeptiker eine rechtspopulistische Protestpartei etabliert. Alle anderen Parteien sind mehr oder weniger stark durch Wähler aus den modernisierungsbejahenden Milieus geprägt. Damit könnte die neue Konfliktlinie der Demokratie zwischen den sozial-kulturellen Modernisierungsskeptikern und -befürwortern zu einem prägenden Faktor der politischen Auseinandersetzung in Deutschland werden. Sie ist damit die bleibende Signatur der populären Bundestagswahl 2017.

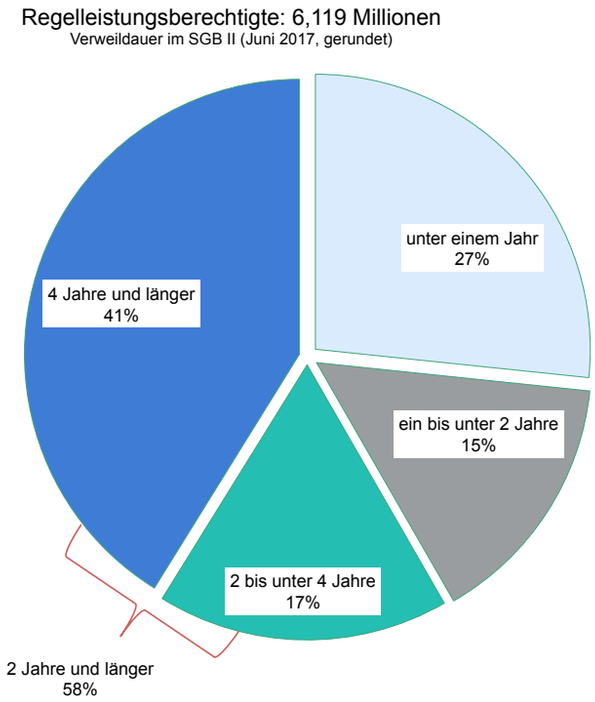
Sinus-Milieus® – Verteilung aller Wahlberechtigten



Quelle: SINUS-Institut und eigene Berechnungen auf Basis der Daten von YouGov Deutschland GmbH. | BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Diese Abbildung zeigt, auf welcher Seite der Diagonalen die Wähler der verschiedenen Parteien verortet sind. Die Diagonale trennt die Gesellschaft grob in zwei Hälften – die Modernisierungsskeptiker unterhalb der Diagonalen und die Modernisierungsbefürworter oberhalb der Diagonalen. Dabei zeigt sich sehr deutlich: Die Wähler der GRÜNEN, DIE LINKE, FDP, SPD und CDU/CSU sind mehrheitlich den Modernisierungsbefürwortern zuzuordnen. Das somit entstandene Vakuum unterhalb der Diagonalen füllt nun die AfD – 65 Prozent ihrer Wähler stammen aus den Milieus der Traditionellen, der Prekären, der Bürgerlichen Mitte, dem konsumorientierten Teil der Hedonisten sowie der Hälfte der Konservativ-Etablierten. Der jeweilige Wähleranteil wurde auf Basis einer aus Umfragedaten und Stimmbezirksanalysen geschätzten Wahlbeteiligung sowie der Parteiergebnisse in den verschiedenen Milieus berechnet.

O-Ton: Verweildauer im SGB II



Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger in Deutschland ist bis Juni 2017 auf 6,119 Millionen angestiegen. 41 Prozent, also mehr als ein Drittel von ihnen, waren bereits seit mindestens vier Jahren hilfebedürftig, 58 Prozent bereits seit zwei Jahren oder länger.

Buchtipp

Heribert Prantl: Die Kraft der Hoffnung: Denkanstöße in schwierigen Zeiten

Die Weltzuversicht vieler Menschen zerbricht. Populisten, Nationalisten und Terroristen sind nicht nur Ursache, sondern auch Symptom des erschütterten Vertrauens in eine gesicherte Zukunft. Der Glaube daran, dass Demokratie und Rechtstaatlichkeit sich, und sei es langsam, weiterentwickeln, geht verloren. Heribert Prantl schreibt an gegen das Ohnmachtsgefühl und gegen den vermeintlichen Sog der Fremdbestimmung.

Filmtipp

Aus dem Nichts
(Deutschland)

Eine Nagelbombe geht vor dem Büro des kurdischen Geschäftsmanns Nuri Sekerci hoch. Er und sein kleiner Sohn sterben. Das Leben seiner Frau ist zerstört. In fiktiver Form verarbeitet Fatih Akin die fremdenfeindlichen Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und die Schlamperei von Polizei und Verfassungsschutzes in der Aufarbeitung. Er erzählt die Geschichte einer Frau, die seelisch in Stücke geht und schließlich eins wird dem Plan, das Ungelöste aufzulösen, Gerechtigkeit zu schaffen – mit Gewalt.

Demokratie ohne Langzeitarbeitslose

Den Abgehängten eine Stimme geben und sie beteiligen. Langzeitarbeitslose erforschen Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler.

Martin Tertelmann und Friedrich Kern

„Ja, warum ich nicht mehr wählen gegangen bin, weil ich dieses Gefühl hatte, durch meine Stimme wird sich eh nie was ändern. [...] Die entscheiden sowieso über unseren Kopf hinweg. [...] Wahlen heutzutage (...) sind aussichtslos, sinnlos.“ -

„ES FEHLT DEN POLITIKERN EINFACH AN VOLKSNÄHE. Die wirtschaften eigentlich nur in die eigene Tasche, in dem Sinne. Die kennen die Probleme im Endeffekt gar nicht, die ein Langzeitarbeitsloser hat, oder die jemand hat, der von heute auf morgen im Endeffekt arbeitsunfähig ist.“ Zwei Statements, die für viele andere stehen, für viele andere langzeitarbeitslose Nichtwählerinnen und Nichtwählern, die in der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose.“ zu Wort kommen.

Herausgegeben wurde die Studie von der Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, die zum Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH gehört, in Kooperation mit dem Evangelischen Fachverband für Arbeit und Soziale Integration e.V. (EFAS).

Das Forscherteam.

Foto: EFAS

Demokratie gestalten

Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch den renommierten Soziologen Prof. Dr. Schultheis von der Universität Gallen. Schon seit ihrer Gründung 2012 beschäftigt sich die Denkfabrik mit der sozialen Spaltung der Gesellschaft. Bei einer Veranstaltung 2016 mit Kommunalpolitiker*innen in der Stuttgarter Vesperkirche wurde klar, dass es auch bei der politischen Beteiligung eine soziale Kluft gibt und dass ein tiefer Graben zwischen Menschen aus prekären Schichten und politischen Vertretern besteht. Dies war der Anstoß, das Thema zu erforschen.

Einige langzeitarbeitslose Nichtwähler drückten ihre Position auch in Kunstwerken aus. „Ihnen blieb keine Wahl“ nennen Manuela Bopp und Rolf Rieger ihr Bild.

Prof. Dr. Franz Schultheis, Universität St. Gallen hat die Studie wissenschaftlich begleitet

Betrachtet man die Nichtwählerforschung mit Blick auf die prekären Schichten, gibt es einen eindeutigen Befund: Menschen aus Stadtteilen mit höherer Arbeitslosigkeit, niedrigerem Einkommen und niedrigerem Bildungsstand wählen seltener als Menschen aus Stadtteilen mit höherem Einkommen, höherem Bildungsstand und niedrigerer Arbeitslosigkeit. „Je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung [...]. Unsere Wahlergebnisse sind, gemessen an der Sozialstruktur der Wählerschaft, nicht mehr repräsentativ“, so der Wahlforscher Armin Schäfer. Diese Ergebnisse werden seit Jahren immer wieder bestätigt. Was bisher fehlte, war eine qualitative Erforschung des Problems. Hier setzt die Studie an. Sie fragt nach den Motiven langzeitarbeitsloser Nichtwähler und schließt damit eine Forschungslücke.

In einem Workshop mit Wissenschaftlern und Betroffenen wurden Leitfaden und Fragen für die Interviews erarbeitet.

Städte, in denen Interviews geführt wurden.

Gespräche auf Augenhöhe

Wichtig war den Organisatoren, langzeitarbeitslose Menschen durchgängig mit einzubeziehen. Deshalb führten Langzeitarbeitslose oder ehemals Langzeitarbeitslose die Interviews. Mit dieser Methode, die auf den Soziologen Pierre Bourdieu zurückgeht, ist gewährleistet, dass die Gespräche auf Augenhöhe stattfinden und die Betroffenen authentisch berichten. „Mir wurde direkt am Anfang das Du angeboten, auch die gemeinsame Erfahrung mit der Langzeitarbeitslosigkeit und des Berufes hat positiv dazu beigetragen, dass man sich von Anfang an gut verstanden hat. Ich denke, wenn ein Soziologe oder jemand anderes das Interview geführt hätte, der von den ‚Oberen 10.000' gekommen wäre, dann wäre das Interview nicht so gut gelaufen", so die Erfahrung eines Interviewers. Viele der Befragten reagierten positiv, dass ihnen jemand über längere Zeit zuhört. Sie hoffen, dass ihre Meinung so auch von Politiker*innen gehört wird.

Nicht nur bei den Interviews selbst, auch beim Erstellen der Fragen und des Leitfadens sowie bei der Auswertung waren (ehemals) langzeitarbeitslose Menschen beteiligt, sie stellen die Studie auch bei verschiedenen Veranstaltungen mit vor. Insgesamt wurden 70 Interviews in ganz Deutschland geführt. Für die Veröffentlichung der jetzt vorgelegten Vorstudie wurden zudem acht Interviews mit Hilfe soziologischer Rahmungen genauer ausgewertet, so konnten Motive und Lebenssituationen detailliert herausgearbeitet werden. An den soziologischen Rahmungen waren Wissenschaftler und Langzeitarbeitslose beteiligt. So wird gewährleistet, dass die Rahmung nicht von einer Sichtweise dominiert wird und die Belange der Langzeitarbeitslosen immer einfließen konnten.

Demokratie gestalten

Die Langzeitarbeitslosen wollen ernstgenommen werden – und mehr soziale Gerechtigkeit.
Die Ergebnisse zeigen, dass aus Sicht der Interviewten keine Kommunikation mehr mit den Politiker*innen besteht. Aussagen wie „Die hören nicht zu“ oder „Wir haben nichts zu sagen“ finden sich durchgängig. Kritisiert wird auch, dass Wahlversprechen nicht eingehalten werden und die Realität schöngeredet wird. Mit Aussagen wie „Die machen sowieso, was sie wollen.“ wird häufig die Wahlenthaltung begründet. Kritisiert werden fehlende soziale Gerechtigkeit und sinnlose Maßnahmen. In Forderungen gewendet bedeutet dies: die Interviewten wünschen sich wahr- und ernstgenommen zu werden, mehr individuelle Unterstützung und mehr soziale Gerechtigkeit, etwa eine ausreichende und sichere Rente.
Prof. Dr. Franz Schultheis hat fünf Grundmotive des Nicht-Wählens, die sich aus der Studie ergeben, identifiziert und zusammengefasst:

1

Nicht-Wählen als „Wahl“ eigener Art und **Botschaft an die Demokratie** und ihre Institutionen und Akteure (aktive Wahl-Passivität). Das Vertrauen in die Politik fehlt. Die Politiker „leben in ihrer eigenen Welt“. „Warum soll ich das noch mit meiner Stimme legitimieren?“

2

Nicht-zur-Wahl-Gehen als Ausdruck eines **verlorenen Glaubens an Sinn und Regeln der Demokratie**. Viele fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Die Politiker „[...] könnten, aber sie wollen nicht.“

3

Nicht-Wählen als Ausdruck eines Selbstverhältnisses **sozialer Ausgrenzung, Stigmatisierung** und Marginalität. Die Politik ist mitverantwortlich für die Ausgrenzung. „Man ist ein Mensch zweiter Klasse“. Zudem fehlt die Kommunikation zwischen Politik und Langzeitarbeitslosen.

4

Nicht-Wählen als Ausdruck eines Gefühls der **Zwecklosigkeit** des Wählens: Weil „die da oben“ ohnehin „machen, was sie wollen.“ Versprechen, die vor der Wahl gemacht werden, werden nicht eingehalten. „Gewählt ist gewählt, jetzt könnt ihr nichts mehr machen.“

5

Nicht-Wählen als **Ausdruck eines Gefühls, dass eigentlich gar nichts zu „wählen“ ist** und alle Parteien gleich „korrupte“ Lobbies für die Mächtigen und Reichen sind. Es fehlt an „sozialer Gerechtigkeit“.

Entgegen mancher Erwartung waren fast alle Interviewten politisch interessiert, informieren sich regelmäßig und sind in ihren politischen Haltungen differenziert. Einen besonderen Hang zu AfD ergaben die Interviews nicht.
Im August 2017 erschienen die Ergebnisse der Studie als Buch. Es wurde vielfach in der Öffentlichkeit vorgestellt. Zudem wurden 1800 Bundestagskandidaten*innen vom EFAS angeschrieben und zahlreiche Gespräche mit Politikern geführt. Dabei zeigte sich, dass auch von Seiten der Politik ein Interesse an mehr Kommunikation besteht, gleichzeitig aber eine gewisse Ratlosigkeit herrscht, weil die üblichen Angebote – etwa Bürgersprechstunden – die Zielgruppe nicht erreichen.
Deswegen ist geplant, jetzt Praxisbeispiele zu entwickeln, mit denen langzeitarbeitslose Nichtwähler wieder für demokratische Teilhabe gewonnen werden können. Zudem sollen in einem zweiten Buch die Reaktionen aus Politik, Medien und Öffentlichkeit untersucht werden.

Unsere Autoren
Martin Tertelmann und Friedrich Kern

Martin Tertelmann ist Leiter der Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, Sozialuntenehmen Neue Arbeit Stuttgart.

Friedrich Kern ist Mitarbeiter im Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen Neue Arbeit Stuttgart.

Das Buch „Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose.“ ist im Herbert von Halem Verlag erschienen.
Information zur Studie gibt es unter:
www.studie-nichtwaehler.de

Die Herausgeber der Studie haben eine Resolution verfasst. Darin werden Bundestag und Bundesregierung unter anderem aufgefordert, die Sorgen und Probleme der Betroffenen ernst zu nehmen, ihre Lebensleistung anzuerkennen und die Grundsicherung so auszubauen, dass sie tatsächlich gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglicht. Gefordert werden außerdem ein ausreichender Lohn, individuelle Unterstützungsangebote sowie eine sichere und ausreichende Rente.
http://neuearbeit.de/downloads/resolution-6-11.pdf

„Deutschland hat gewählt. Die Armen nicht.“ Im Stuttgarter Hospitalhof war eine der vielen Veranstaltungen, die die Ergebnisse der Studie aufgriff.

Foto: EFAS

6 Sechs Fragen zum Grundeinkommen

Die Ungleichheit in Deutschland verfestigt sich. Die Mittelschicht schrumpft und Existenz- und Abstiegsängste sind weit verbreitet. Dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Besonders auffällig ist die hohe Anzahl von Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit auf Hartz IV Leistungen angewiesen sind. Daran hat auch der Mindestlohn wenig geändert, weil er Selbstständige, Teilerwerbstätige und Familien nicht vor Armut schützen kann. Hartz IV abschaffen und jedem Bürger 1000 Euro im Monat zahlen ...

Welche Grundidee steckt hinter dem bedingungslosen Grundeinkommen?

Dr. Strengmann-Kuhn: Die Idee des Grundeinkommens ist, dass jedes Mitglied einer Gemeinschaft eine regelmäßige Geldleistung von der Gesellschaft erhält. Umverteilung wird so neu gedacht. Man stelle sich einen Kuchen vor, der verteilt werden muss. Heute kämpft erst einmal jeder einzelne um sein Stück Kuchen. Anschließend wird geschaut, ob alle genügend Kuchen erhalten haben. Die mit großen Stücken müssen dann denen mit kleinen Stücken oder ohne Kuchen etwas abgegeben. Grundeinkommen heißt, dass zunächst ein Teil des Kuchens pro Kopf verteilt wird. So ist von vornherein sichergestellt, dass jede und jeder ein Minimum erhält. Anschließend wird der Rest des Kuchens nach Leistung, nach Bedarf etc. verteilt.

Kann das Grundeinkommen eine Antwort auf veränderte Arbeitsverhältnisse sein?

Dr. Strengmann-Kuhn: Ja. Angesichts eines sich wandelnden Arbeitsmarktes - das so genannte Normalarbeitsverhältnis (abhängige, dauerhafte Vollzeitbeschäftigung) wird seltener, Teilzeit, Selbständigkeit und Erwerbsunterbrechungen nehmen zu – braucht es universelle Sozialversicherungen (Bürgerversicherungen) für Gesundheit, Pflege und Rente sowie ein Grundeinkommen als finanzielle Basis in allen Lebenslagen.

Foto: Stefan Kaminski

Unser Autor Wolfgang Strengmann-Kuhn

ist Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen). Der Wirtschaftswissenschaftler ist engagiert im Grünen Netzwerk Grundeinkommen und Sprecher für Sozialpolitik seiner Fraktion, Mitglied im Europaausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Wären nicht flächendeckend existenzsichernde Löhne und Arbeitszeitverkürzungen die bessere Alternative?

Dr. Strengmann-Kuhn: Wenn jemand eine andere Person für sich arbeiten lässt, sollte sie dafür gut bezahlt werden. Wer abhängig Vollzeit erwerbstätig ist, muss einen Lohn vom Arbeitgeber erhalten, der mindestens das Existenzminimum abdeckt, am Besten mehr. Deswegen ist es gut, dass wir endlich einen Mindestlohn haben. Aber auch Teilzeiterwerbstätige und Selbständige sollten ein Einkommen erhalten, dass zum Leben reicht. Ein Lohn der bei Vollzeit existenzsichernd ist, reicht bei Teilzeit nicht unbedingt aus. Damit Erwerbsarbeit auch mit geringeren Arbeitszeiten (immer) existenzsichernd ist, braucht es mehr als einen Mindestlohn und höhere Löhne. Selbständige haben vom Mindestlohn nichts. Hier sollte über Mindesthonorare nachgedacht werden, damit sie besser vor Ausbeutung geschützt werden. Aber gerade bei Selbständigen ist es wichtig, dass sie eine stabile finanzielle Basis haben. Dafür reichen Mindesthonorare nicht aus und das Arbeitslosengeld II ist gerade für Selbständige als Existenzsicherung völlig ungeeignet. Vor allem Selbständige würden von einem Grundeinkommen profitieren. Insofern ist ein Grundeinkommen auch ein Förderprogramm für mehr Selbständigkeit.

Demokratie gestalten

Kommentar

Edith E. Preiss

ist Mitglied im Netzwerk Grundeinkommen und im SprecherInnenrat der BAG Bedingungsloses Grundeinkommen bei der Partei DIE LINKE.

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist auch eine Demokratiepauschale und verwirklicht den Artikel 25 der Menschenrechte, das Recht auf soziale Sicherheit. Die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politischen Teilhabe wird gewährleistet. Als individuell garantiertes Recht auf Einkommen in einer Existenz sichernden Höhe, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu einer Gegenleistung führt es in finanzieller Hinsicht zur Einschränkung von Abhängigkeiten. Es ist höchste Zeit das Arbeit, die nicht Erwerbsarbeit ist, anerkannt wird. Bereits jetzt sind 56% der geleisteten Arbeitsstunden unentgeltlich erbracht. Familienarbeit und ehrenamtliche Arbeit sind der Beweis, dass Menschen auch ohne finanziellen Anreiz Leistungen für die Gesellschaft erbringen.
Wir unterscheiden beim Bruttosozialprodukt leider nicht nach gesellschaftlich nützlichen oder schädlichen Erwerbsquellen: Auch wenn der Umweltschutz auf der Strecke bleibt, Finanzspekulationen Staatshaushalte gefährden und die Produktion / der Verkauf von Waffen Leben kostet oder maximierte Gewinne aus privatisierten Altenheimen stammen, werden sie eingerechnet. Aber: Geld das so erlangt wird gehört für mich in eine andere Kategorie als Geld das mit einem Bio-Bauernhof, einer Kindertagesstätte oder einem kommunalen Wasserwerk verdient wird. Das BGE kann und soll dazu führen, dass Menschen ungute Tätigkeiten ablehnen und so ihrem demokratischen Willen Ausdruck und Nachdruck verleihen.
Immer mehr wird automatisiert. 3D Drucker stellen in Japan bereits die Bauteile für Häuser her, hierzulande werden Müllwagen getestet, die die Tonnen selbst einholen. Unser Rentensystem ist für die steigende Zahl unterbrochener Erwerbsbiografien nicht gerüstet, Kinder sind ein Armutsrisiko: Das BGE gleicht soziale und systemische Schieflagen aus. Es kommt zur längst fälligen Umverteilung, besser gesagt Rückverteilung von Geld.
Der Gesamtreichtum unserer Gesellschaft ist groß genug, um allen Teilhabe zu ermöglichen. Unser Modell* bringt allen bis Euro 7.000 Einkommen im Monat mehr Einkommen, Armut ist abgeschafft, das Sozialsystem entbürokratisiert, die wachsende Existenzangst wird eingedämmt.

All das sind gute Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

*https://www.die-linke-grundeinkommen.de/nc/konzept/

Besteht nicht die Gefahr, dass Menschen gar nicht mehr arbeiten wollen?

Dr. Strengmann-Kuhn: Weil das Existenzminimum gesichert ist, wird durch das Grundeinkommen Arbeit, sowohl Erwerbsarbeit als auch nicht bezahlte Arbeit, zum Teil erst ermöglicht. Mit einem Grundeinkommen lohnt sich jede Art von Arbeit, weil das Grundeinkommen ja auch Erwerbstätige erhalten, und es befreit Menschen, die arbeitslos sind, von belastendem bürokratischen Ballast. Im Vergleich zu einem Grundeinkommen schafft das heutige Hartz IV-System Barrieren, die dafür sorgen, dass Menschen nicht arbeiten (wollen) und entmutigt sind. Wenn jemand Hartz IV bekommt, werden zusätzliche Einkommen zu 80%-100% angerechnet. Die Betroffenen sitzen in der Armutsfalle. Trotzdem gibt es übrigens mehr Erwerbstätige, die Arbeitslosengeld II beziehen, als Langzeitarbeitslose! Dass so viele Hartz IV-Beziehende arbeiten, obwohl es sich finanziell kaum lohnt, zeigt, wie wichtig Arbeit für die Menschen ist.

Was bedeutet das für unseren Sozialstaat und wer soll das bezahlen?

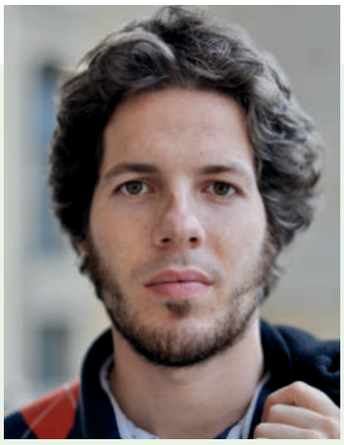
Dr. Strengmann-Kuhn: Das Grundeinkommen schafft einen Basissockel in das Sozialsystem, mit dem ein Minimum immer garantiert wird, bestehende Sicherungslücken beseitigt werden und viel Bürokratie abgeschafft wird. Das entlastet auch die Jobcenter, die sich besser um ihre eigentlich Aufgabe, nämlich Arbeitsvermittlung und soziale Unterstützung kümmern können. Ich bin dafür das Grundeinkommen so in die Einkommensteuer zu integrieren, dass es die bisherigen Steuerfreibeträge ersetzt, was dann der überwiegende Teil der Gegenfinanzierung ist. Es trägt damit nebenbei auch zu einem einfacheren und gerechteren Steuersystem bei. Für Menschen mit mittleren Einkommen würde sich dadurch finanziell kaum etwas ändern. Aber alle profitieren durch mehr soziale Sicherheit und einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Und noch zum Schluss: Wie lange brauchts noch, bis Sie sich mit Ihren Ideen durchgesetzt haben?

Dr. Strengmann-Kuhn: Die anhaltend hohe Armut, der Wandel der Arbeitswelt, der demographische Wandel, aber auch die Notwendigkeit einer nachhaltigen Wirtschaft vor dem Hintergrund der ökologischen Grenzen unseres Planeten, erfordern es, über Alternativen der sozialen Sicherung nachzudenken. Die gesellschaftliche Debatte läuft und das Grundeinkommen wird in allen Parteien diskutiert. Wenn der politische Wille da wäre, könnte es auch umgesetzt werden. Ich halte ein Grundeinkommen in Höhe des Hartz IV-Regelsatzes, der allerdings erhöht werden müsste, für einen sinnvollen und gangbaren Weg, bei dem zusätzliche Leistungen und die Sozialversicherungen erhalten bleiben. Außerdem ist es sinnvoll und möglich, grundeinkommens-ähnliche Leistungen für einzelne Gruppen oder Lebensphasen einzuführen, z.B. für Kinder und Familien, Rentnerinnen und Rentner, Erwerbstätige oder für Bildungsphasen. Auch darüber wird intensiv diskutiert. Das könnten erste Schritte in Richtung Grundeinkommen für Alle sein.

Kommentar

Philip Kovce



Ökonom und Philosoph; forscht an der Universität Witten/Herdecke; lehrt an der Berliner Universität der Künste; Co-Autor des Buches „Was würdest du arbeiten, wenn für dein Einkommen gesorgt wäre? Manifest zum Grundeinkommen“ (2017).

Woran ließe sich festmachen, ob das bedingungslose Grundeinkommen, das gegenwärtig in aller Munde ist, eine gute oder schlechte Idee ist? Ganz sicher nicht an irgendwelchen Tierversuchen mit Menschen, denen zeitweise ein Grundeinkommen injiziert werden soll mit der Absicht, ihr Verhalten mit dem einer nüchternen Kontrollgruppe zu vergleichen. Genau dies ist das Ziel unterschiedlicher Feldexperimente, die dieser Tage unternommen werden (etwa in Finnland oder Kenia). Solche Experimente sind keine Grundeinkommensexperimente. Es sind akademische Kopfgeburten, die verkennen, dass die Wirkungen eines Grundeinkommens nicht objektiv zu bestimmen, sondern politisch zu gestalten sind. Doch was tun, wenn Feldexperimente nicht weiterhelfen, weil das Grundeinkommen gar nicht an und für sich gut oder schlecht, sondern eine Gestaltungsfrage ist? Dann gilt es, die Gestaltung selbst in den Blick zu nehmen. Und was sehen wir dann? Ungeahnte Gestaltungsmöglichkeiten! Ein Grundeinkommen ließe sich in dieser oder jener Höhe einführen, auf diese oder jene Weise finanzieren, an diesen oder jenen Empfängerkreis auszahlen. Wer es in existenzsichernder Höhe als individuellen Rechtsanspruch gewähren will, der sorgt dafür, dass nicht länger Zwang und Kontrolle, sondern Freiheit und Vertrauen zur Arbeitsgrundlage, ja, zur Grundlage guter Arbeit werden. Freiwilligkeit ist die beste Voraussetzung guter Leistung. Sie ermöglicht sinnvolle Tätigkeit und verhindert sinnlose Beschäftigung. Sie ermächtigt den Einzelnen und entmachtet die vielen Alternativlosigkeiten. Wollen wir das? Oder lieber nicht? Kurzum: Wer die Wirkungen eines Grundeinkommens erfahren will, der muss es nicht testen, sondern einführen. Und wer die Möglichkeiten des Grundeinkommens ernstnimmt, der beginnt bereits, es zu verwirklichen. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens hat längst begonnen.

Bildung, Arbeit, Gesundheit und Soziales – bag cert gmbh

Zertifizieren mit Augenmaß

/// Ihre Spezialistin für Zertifizierungen nach AZAV und DIN EN ISO 9001:2008 im Bereich arbeitsmarktpolitischer Dienstleistung.

/// Wir hören Ihnen zu, wir auditieren wertschätzend und fachkundig.

/// Wir wollen, dass unser Audit Ihr Unternehmen weiterbringt.

/// Wir arbeiten ausschließlich mit AuditorInnen mit langjähriger Branchen- und Leitungserfahrung.

bag√cert

Aktuelle Informationen zur Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 und AZAV finden Sie auf unserer Internetseite: www.bag-cert.de

Fragen Sie uns gerne an!

bag cert gmbh
Universitätsallee 5
28359 Bremen
Ruf 0421 / 36 49 27-30
info@bag-cert.de
www.bag-cert.de

© neuWerk, 2014

Wie können sich Geflüchtete politisch beteiligen?

Ana Bojadjievska

Ohne kulturelle und religiöse Vielfalt ist Deutschland heute nicht mehr denkbar: Aus Zuwanderern werden deutsche Staatsbürger, verschiedene Kulturen und Religionen leben in direkter Nachbarschaft und sind für ihre Zukunft aufeinander angewiesen. Die Globalisierung ist kein abstraktes Phänomen mehr. Sie ist bei uns vor Ort angekommen. Auch Ereignisse, die sich in vermeintlich fernen Regionen der Welt abspielen, wirken sich direkt auf unseren Lebensalltag aus. Wohl keine andere Krise der vergangenen Jahre hat diesen Zusammenhang so deutlich vor Augen geführt wie die europäische Flüchtlingsfrage. Es gilt nun, von Krisenmanagement und der Erstversorgung von Flüchtlingen zu mittel- bis langfristigen Strategien für ihre Integration und Teilhabe zu kommen.

Aus dem Schwerpunkt Migration, Integration und Teilhabe, Robert Bosch Stiftung

Mit dem Forschungsvorhaben „Refugees, Asylum Seekers and Democracy“ stellen wir bei der Robert Bosch Stiftung die Frage: Wie können sich Geflüchtete gesellschaftlich und politisch beteiligen? Dadurch versuchen wir u.a. zum globalen Austausch über Flucht, Teilhabe und Demokratie beizutragen.

Das Vorhaben wird von dem International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA) durchgeführt. Im Rahmen einer globalen Feldstudie werden die Möglichkeiten und Grenzen für Geflüchtete untersucht, an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilzuhaben, sowohl in ihren Herkunftsländern als auch in Ländern, in denen sie Schutz suchen oder sich bereits niedergelassen haben. Auf Basis einer Analyse der globalen Lage und die Zahlen bezüglich Flucht in unterschiedlichen Ländern wurden folgende Aufnahme-und Herkunftsländer ausgewählt: Deutschland, und zwar im Hinblick auf Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan; Kenia, bezogen auf Geflüchtete aus Somalia und Südsudan; Libanon hinsichtlich der syrischen Geflüchtete; Südafrika, das viele Geflüchtete aus der Demokratischen Republik Kongo aufnimmt; Schweden, mit einem Fokus auf Geflüchtete aus Somalia und Syrien; Türkei im Hinblick auf syrische Geflüchtete; Uganda mit dem Schwerpunkt Geflüchtete aus Südsudan und Demokratischen Republik Kongo; und zuletzt für Großbritannien Hinsichtlich Geflüchtete aus Afghanistan. Es gibt zwei Hauptgründe, warum diese Studie relevant für den Diskurs über Flucht, Teilhabe und Demokratie ist.

Foto: International IDEA / Tomas Spragg Nilsson

Demokratie gestalten

Foto: International IDEA / Tomas Spragg Nilsson

Während die meisten Forschungsvorhaben und die politische Aufmerksamkeit auf sozioökonomische Aspekte der Integration gerichtet sind, bleiben die Aspekte der Teilhabe vernachlässigt. Es ist anerkannt, dass humanitäre Ansätze entscheidend sind, um auf steigende Flüchtlingszahlen reagieren zu können. Langfristige und nachhaltige Ansätze basieren aber auch auf sozialer, wirtschaftlicher und politischer Integration, die die Folgen von Flucht mildert und Gefluchteten hilft, ihre Autonomie zurückzugewinnen, ein erfülltes Leben zu führen und einen positiven Beitrag zum konstruktiven Miteinander in den Herkunfts- und Aufnahmegesellschaften zu leisten. Ein weiterer Grund, warum für die Robert Bosch Stiftung diese Studie relevant ist, ist, dass die Stiftung einen offenen und objektiven Diskurs über Migration in Deutschland und Europa unterstützen möchte. In diesem Sinne streben wir an, u.a. durch praktische und grundlegende Forschungsvorhaben die Grundlagen der Diskussion über Migration, insbesondere die Flüchtlingszuwanderung zu erweitern und Handlungsoptionen zu entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, über den nationalen und europäischen Diskurs hinauszugehen. Eine der größten Herausforderungen, die ich in der Debatte über Flucht beobachte, ist, dass Migration oft als europäisches Problem definiert wird. Die Zahlen bestreiten dies jedoch. Die Türkei, Pakistan, der Libanon, Iran, Uganda gehören zu den Ländern, die den meisten Geflüchteten weltweit Schutzes gewähren[1]. Sehr oft wird davon ausgegangen, dass einige dieser Ländern selbst fragile Systeme sind, sie spielen aber eine große Rolle bei der globalen Lastenverteilung, wenn es um Schutz von Geflüchteten geht. Darüber hinaus gibt es bereichernde Einblicke, die wir daraus gewinnen können, wie Geflüchtete in diesen Gesellschaften willkommen sind und welche Integrationsmodelle es außerhalb Europas gibt. Geflüchtete sind politische Wesen, genau wie wir alle. Überwiegend haben sie aber kein politisches Stimmrecht und können daher das Handeln von Politiker nicht direkt beeinflussen. So können sie diese nicht zur Verantwortung ziehen und können wenig unternehmen um dafür zu sorgen, dass ihre sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Rechte verwirklicht werden.

Im Rahmen der „Refugees, Asylum Seekers and Democracy“ Studie haben wir gelernt, dass es auch andere Wege gibt, sich zu engagieren. Lina Antara, Projektmanagerin bei International IDEA, gewährt uns die ersten Eindrücke in einem Interview “Die vorläufigen Erkenntnisse der Forschung in den acht Ländern zeigen sehr unterschiedliche Antworten, teilweise widersprechen sie sich sogar.

Es zeigt sich deutlich, dass formelle Teilhabe von Geflüchteten an politischen Prozessen immer noch ein weit entferntes Ziel in vielen Ländern ist. Informelle Wege der Beteiligung wie zivilgesellschaftliches Engagement oder lokale Initiativen sind eine Alternative für Geflüchtete, sich Gehör zu verschaffen.“ Es gibt aber auch ein Land wo Geflüchtete wählen können, ohne die Staatsbürgerschaft des Landes zu haben. „Es ist Schweden. Dort kann man auf lokaler sowie auf regionaler Ebene wählen, wenn man drei Jahre am Stück in Schweden gelebt hat. In Großbritannien kann man zwar ohne die britische Staatsangehörigkeit nicht wählen, dafür aber Mitglied einer Partei werden.“, so Lina Antara[2]. Eins haben wir aber mit Sicherheit gelernt, und zwar, wie wichtig das Thema Teilhabe ist. Eine Frau aus einem Flüchtlingslager in Uganda zu sagte: „Nachdem ich geflüchtet bin, wurde mir jede Entscheidungsmacht über mein Leben entnommen“. Geflüchtete in allen Ländern, in denen die Feldforschung durchgeführt wurde, betonten Prioritäten wie Unterkunft, Gesundheit, Sprache, Bildung und Beschäftigung. Gleichzeitig sagten sie, dass die Frage der Beteiligung von entscheidender Bedeutung für deren Zukunftsperspektiven sei. Für einige, die aus autoritären Regimen stammen, ist Beteiligung etwas, was sie noch erlernen und üben wollen.

Sie schätzten es aber, auch nur über ihre Möglichkeiten, ihr Leben und Umgebung zu bestimmen, befragt zu werden, da diese Frage oft vergessen wird. Werte wie Freiheit, Toleranz und Gleichstellung sind konstitutive Elemente einer Demokratie, aus diesem Grund nehmen diese Werte auch in der d eutschen Integrationsdebatte einen hohen Stellenwert ein. Zivilgesellschaftliche und politische Teilhabe kann bei der Verinnerlichung dieser Werte einen großen Beitrag leisten. Ein Bericht des Migration Policy Institutes[3] kommt zu dem Schluss, dass die Kommunikation von Werten top-down als unaufrichtig und nicht authentisch angesehen wird.

Er empfiehlt, dass wir uns bemühen sollten, Barrieren zu beseitigen, die Menschen daran hindern, sich an der Erwägung und Definition gemeinsamer Werte und der Gestaltung unserer Gesellschaften zu beteiligen.

Die Debatte über Flucht und Migration hat die Demokratien in Europa polarisiert, die Frage der politischen Teilhabe von Geflüchtete ist komplex. Was wir beim Aufbau unserer Demokratien, unserer Zivilgesellschaft und unserer politischen Parteien, unseres Arbeitsmarktes, unserer Schulen und unserer Gemeinschaften beachten sollten, ist, dass Geflüchteten, genauso wie vielen anderen gesellschaftlich benachteiligten Gruppen (wie z.B. den finanziell schwächen Individuen) der Zugang zur Teilhabe erschwert ist. Wir sollen daran arbeiten, die Chancen aller Individuen zu erweitern, während wir ein funktionierendes demokratisches System aufbauen, das uns allen dient.

Unsere Autorin Ana Bojadjievska

ist Senior Projektmanagerin bei der Robert Bosch Stiftung GmbH.

ana.bojadjievska@bosch-stiftung.de

[1] *UNCHR Figures at a Glance http://www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html; zuletzt aufgerufen am 01.12.2017*

[2] *Interview mit Lina Antara http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/77299.asp; zuletzt aufgerufen am 01.12.2017*

[3] *Banulescu-Bogdan, Natalia und Meghan Benton. 2017. In Search of Common Values amid Large-Scale Immigrant Integration Pressures. Brussels: Migration Policy Institute Europe. https://www.migrationpolicy.org/research/search-common-values-amid-large-scale-immigrant-integration-pressures*

Die Globalisierung hat die Welt verändert.

Prof. Dr. Wolfgang Merkel ist Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin und Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Sehr geehrter Herr Herr Merkel, was sind für Sie die aktuellen Herausforderungen der Globalisierung?

Merkel: Die Globalisierung hat die Welt verändert. Sie hat die wirtschaftlichen, kommunikativen, kulturellen und politischen Beziehungen der Staaten zueinander in einer bisher unbekannten Weise verdichtet. Gleichzeitig hat sie das Innere der Gesellschaften durchgeschüttelt. Die Treiber waren technologische Innovationen, wirtschaftliches Gewinnstreben, aber immer wieder auch politische Entscheidungen. Und die kaum bezweifelte Folge war die Wiederkehr verschärfter sozioökonomischer Ungleichheit innerhalb der OECD-Staaten sowie die Ermächtigung deregulierter Märkte und ihrer Investoren gegenüber dem Staat.

Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Politik?

Merkel: Die politischen Herausforderungen der Globalisierung und deren Komplexität für Staat und Gesellschaft möchte ich zur Verdeutlichung auf eine einzige normative Frage reduzieren: Wie weit sollen die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet und inwieweit sollen sie geschlossen werden? Die Öffnung und Schließung der Grenzen verstehe ich in einem ausgreifenden Sinne. Es geht um die Öffnung von Grenzen für Güter, Kapital und Dienstleistungen ebenso wie um die Fragen von Migration, der Universalität der Menschenrechte, der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung, des Klimawandels oder der Verlagerung national staatlicher Souveränitätsrechte auf supranationale Organisationen und Regime. Diese Pole können als kosmopolitisch oder kommunitaristisch beschrieben werden. Je zahlreicher Individuen, Gruppen, Schichten oder Organisationen einer Gesellschaft den unterschiedlichen Polen zuneigen, umso stärker ist die Konfliktlinie zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus dort ausgeprägt. Genau das erleben wir gegenwärtig in Deutschland und Europa.

kosmopolitisch oder kommunitaristisch?

Welche Konflikte spitzen sich zwischen Kosmopolititen und Kommunitaristen zu?

Merkel: Drei Prinzipien kennzeichnen den Kern des Kosmopolitismus: Individualismus, Universalismus und Offenheit. Kosmopolitische Einstellungen sind vor allem unter den Ober- und gebildeten Mittelschichten zu finden. Viele von ihnen sind Globalisierungsgewinner. Sie verfügen über das entsprechende Humankapital, um mit kulturellen Unterschieden und wirtschaftlichen Mobilitätsansprüchen umgehen zu können. Kosmopoliten betonen die Chancen der Globalisierung, Kommunitaristen die Gefahren. Letztere präferieren überschaubare Gemeinschaften, kontrollierte Grenzen, befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung, optieren für kulturelle Identität und betonen den Wert des sozialen Zusammenhalts. Kommunitaristische Einstellungen finden sich häufiger in der unteren Hälfte der Gesellschaft.

Was bedeutet das für unsere Demokratien?

Merkel: Konflikte sind nicht neu für die Demokratie. Im Gegenteil: Einer der großen Vorzüge der Demokratie gegenüber anderen politischen Regimeformen besteht darin, dass sie Konflikte friedlich nach vorher kodifizierten und legitimierten Verfahren zu lösen vermag.
Die Positionen von Kosmopoliten und Kommunitaristen besetzen entgegengesetzte Pole. Die gegenwärtige Polarisierung vollzieht sich dabei vor allem auf kulturell-identitären Sphäre und weniger im ökonomischen Bereich. Nicht die politische Steuerung der Märkte steht oben auf der populistischen Agenda, sondern der Kampf gegen das Fremde oder gar die Fremden. Das legitime Anliegen, nicht von einem kosmopolitischen Diskurs ausgegrenzt zu werden, droht an den rechten Rändern mit undemokratischen Inhalten ausgetragen zu werden. Rechtspopulistische Inhalte sind keineswegs per se undemokratisch. Sie werden es aber dann, wenn entlang rassischer, ethnischer, religiöser oder geschlechtlicher Unterschiede die beiden grundlegenden demokratischen Prinzipien der freien Gleichheit und gleichen Freiheit eingeschränkt werden.

Den unteren wie entfremdeten Schichten wird wieder eine politische Stimme verliehen.

Schwächt der aktuelle Rechtspopulismus also die Demokratie?

Merkel: Nein nicht unbedingt. Denn die politische Beteiligung nimmt zu, und den unteren wie entfremdeten Schichten wird wieder eine politische Stimme verliehen. Die Institutionen und Verfahren der rechtsstaatlichen Demokratie müssen hier einmal mehr ihre Anpassungsfähigkeit zeigen. Es liegt nun an den etablierten Parteien, die von den Populisten eroberten politischen Räume mit guten Argumenten und einer responsiven und verantwortlichen Politik zurück zu erobern. Dies ist das Spiel der liberalen Demokratie, die den Pluralismus ernst nimmt, und nicht in einer paradoxen Intervention mit undemokratischen Verboten oder moralischen Ausgrenzungen die Demokratie zu retten versucht.

Haben Kosmopoliten das bessere Konzept von Demokratie?

Merkel: Kosmopoliten reklamieren nicht zu Unrecht eine moralische Überlegenheit ihrer Werte in Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen. Haben sie aber auch das bessere Demokratiekonzept? Daran ist zu zweifeln. Kosmopoliten optieren, wenn sie nicht realitätsentrückt für eine demokratische Weltregierung plus Weltzivilgesellschaft votieren, für eine bereitwillige Abgabe nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an internationale Organisationen und supranationale Regime. Dies gilt von der UN bis zur EU, von Freihandelsabkommen bis zum IWF, von Weltklimakonferenzen bis zu den fiskalpolitischen Direktiven gegenüber den Hochschuldnerländern in der Eurozone. Das Hauptargument ist meist: Die Welt sei mittlerweile so stark vernetzt, dass transnationale Probleme zunähmen und nur wirkungsvoll nationalstaatsübergreifend bekämpft werden könnten. Der Nationalstaat müsse sich abfinden, in ein Mehrebenensystem effizienten Regierens eingebunden zu werden.
Dies hat allerdings erhebliche Kosten. Je größer und komplexer politische Räume sind, umso weniger lassen sie sich demokratisch regieren. Zentrale Güter der Demokratie wie die gleichberechtigte Partizipation der Entscheidungsbetroffenen, die Transparenz und Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen, der Parlamentsvorbehalt oder die vertikale und horizontale Herrschaftskontrolle lassen sich weit weniger überzeugend jenseits des Nationalstaats als in seinen Grenzen realisieren. Auch Kosmopoliten würden dies wohl nicht abstreiten. Der funktionalistische Trumpf der Unausweichlichkeit von Mehrebenentscheidungen sticht aber meist die Bedenken des Demokratieverlusts.

Was muss nach Ihrer Meinung also nun geschehen?

Merkel: Öffentliche Diskurse, wollen sie demokratisch sein, dürfen nicht aus-, sondern müssen einschließen. Tun sie das nicht, sind sie elitär, exklusiv und formen eine kulturelle Hegemonie. Kosmopoliten sollten nicht mit der Arroganz der Bessergebildeten kommunitaristische Positionen, selbst wenn sie einen nationalistischen Subtext aufweisen, als moralisch unzulässig aus dem öffentlichen Diskurs ausgrenzen. Dies provoziert eher, was es verhindern will, nämlich jene anwachsenden Teile der Bevölkerung, die nach Repräsentation suchen, den Rechtspopulisten in die Arme zu treiben. Die Kosmopoliten sind selbstgefällig, behäbig und taub gegen die „da unten“ geworden. Sie sind die Hüter des Status Quo geworden, während die Arbeiterschaft und die unteren Schichten, für die eine gerechtigkeitsorientierte Politik eigentlich eintreten müsste, in Heerscharen zu den Rechtspopulisten überlaufen. Wir verteidigen das Bestehende, während die populistische Rechte unsere einstigen Schlachtrufe des Bruchs, des Wandels, der Kritik der Herrschenden und ihrer Zustände an sich zu reißen droht.

Erst aus Auseinandersetzung und Streit entstehen Überzeugung, die Identifizierung mit dem demokratischen Gemeinwesen, Inklusion, Aufklärung und demokratische Mündigkeit. Dies spricht nicht gegen unser kämpferisches Eintreten für Gleichheit, Freiheit, Minderheitenrechte, Toleranz und den Respekt vor dem Anderen. Ganz im Gegenteil. Nicht unsere moralischen Werte und kulturellen Errungenschaften der Moderne dürfen wir aufgeben, wohl aber das kosmopolitische Überlegenheitsgebaren, das bestimmte kommunitaristische Positionen wie die Solidarität lebenswerter Gemeinschaften, den demokratischen Wert des Nationalstaats, die Tradition oder die Angst vor Verlust einer vertrauten heimatlichen Lebenswelt als parochial, anachronistisch und moralisch ungenügend aus unseren Debatten ausgrenzt.

Kommentar

Christina Kampmann (MdL), SPD

Eine Brücke bauen

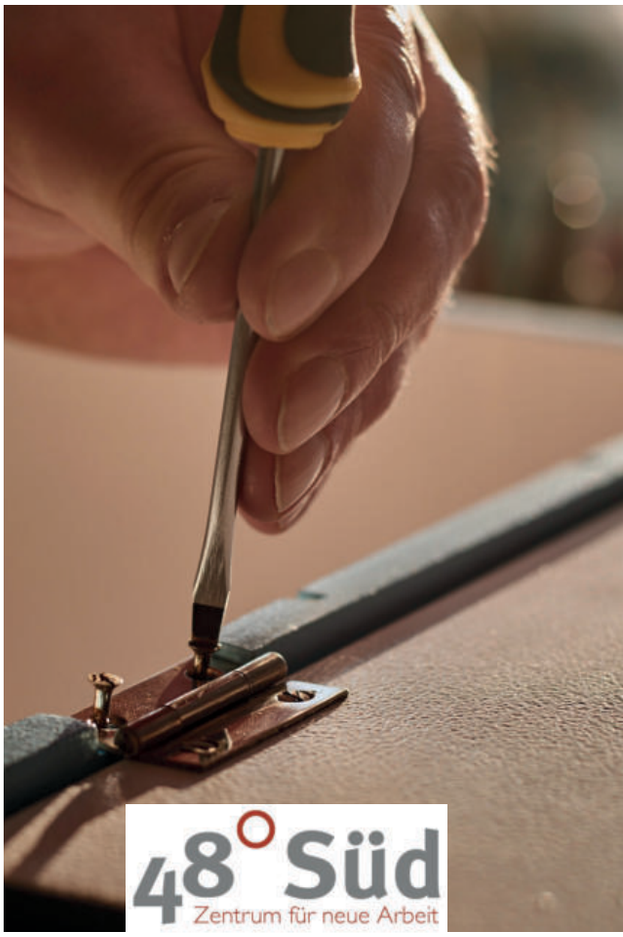
Merkel hat Recht, wenn er die Auseinandersetzung zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus als zentrale Herausforderung für moderne Demokratien begreift. Eine Herausforderung, die auch in Deutschland hochaktuell ist. Am 24. September 2017 haben sich 5.877.094 Menschen für eine Partei entschieden, die für rassistische, sexistische und nationalistische Programmatik wirbt. Kulturelle und ökonomische Verunsicherung veranlassen einen größer werdenden Teil der Gesellschaft, ihr Wohl in der politischen Abschottung und im Nationalstaat zu suchen, obwohl dieser in einer globalisierten Welt dramatisch an Einfluss verliert. Diese Entwicklung kann die Demokratie gefährden, wenn sich eine solche Protesthaltung radikalisiert und nicht durch bestehende politische Organisationen aufgenommen werden kann. Pegida in Dresden bildet ein solches Negativbeispiel.

Dabei ist die soziale Schieflage bei Wahlen immer noch dramatisch. Die sozioökonomisch Schwächeren beteiligen sich deutlich weniger an Wahlen, als ökonomisch abgesicherte Kosmopoliten. Es braucht nicht nur neue demokratische Angebote für Kommunitaristen, sondern eine Brücke zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus. Die Sozialdemokratie kann diese Brücke bauen und sie muss es auch tun, wenn sie zukünftig wieder Wahlen gewinnen will. Die Befähigung aller Menschen zum selbstbestimmten Leben durch Bildung und die Bekämpfung der sozioökonomischen Ungleichheit müssen im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehen. Das kommunitaristische Milieu muss dafür von sozialdemokratischen Inhalten überzeugt werden. Demokratie sollte dabei als Lösung für die Bürgerinnen und Bürger stark und sichtbar sein und selbstbewusst auftreten gegenüber der schwarz-weiß Rhetorik der Populisten. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist ein Erfolg und sie kann auch so erzählt werden.

Der Sozialdemokratie mangelt es nicht an Selbstreflexion, wenn es darum geht, verloren gegangene Wählerschichten zurückzugewinnen. Es stellt sich aber die Frage, ob dabei die entscheidenden Aspekte in den Blick genommen und die richtigen Antworten gefunden werden. Soweit es aber um den kritischen Umgang mit dem „kosmopolitischen Überlegenheitsgebaren“ geht, lässt die Auseinandersetzung der SPD durchaus noch Raum für einen kritischen Umgang mit der eigenen Denkweise.

48° Süd gGmbH

Beschäftigung und Qualifizierung in Verbindung mit kreativer Nachhaltigkeit



48° Süd ist eine gemeinnützige Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft in Trägerschaft des Caritasverbandes sowie der Kommunen des Landkreises Emmendingen. Unser Auftrag ist Men-schen mit Zugangsschwierigkeiten zum Arbeitsmarkt durch passgenaue Förderprogramme auf dem Weg zu beruflicher Integration und sozialer Teilhabe zu begleiten. Hierzu gehören Langzeitarbeitslose, Migranten und Menschen mit Handicap. Wir bieten differenzierte Beschäftigungsfelder und sind mit einigen Abteilungen auch als Inklusionsunternehmen im Sinne des §132 Abs. 1 SGB IX anerkannt.
Unsere Arbeit ist verbunden mit dem Anspruch, einen aktiven und sichtbaren Beitrag zur Bewahrung der Umwelt zu leisten.
So haben wir insbesondere in den letzten Jahren vermehrt Akzente gesetzt, die eine breitere Öffentlichkeit – und nicht zuletzt die betroffenen arbeitslosen Menschen selbst – für das Thema „Nachhaltigkeit“ sensibilisieren. Unsere Projekte und Aktionen zielen auf die Schaffung von Qualifizierungsplätzen, welche den Betroffenen eine sinnhafte Tätigkeit im Kontext von Umwelterhaltung und Müllvermeidung ermöglichen.

Faircycling

„Aus Alt wird Anders“ lautet die Devise unseres neuesten Projektes "FAIRCYCLING", welches im Rahmen einer Förderung des Europäischen Sozialfonds umgesetzt wird. Hier werden Wegwerfprodukte oder scheinbar nutzlose Stoffe in neuwertige Artikel umgewandelt und aufgewertet. Durch die Wiederverwendung bereits vorhandenen Materials wird die Neuproduktion von Rohmaterialien re-duziert. Hierdurch entsteht ein Beitrag zu einer weltweiten Bewegung, die durch den Schwund natürlicher Ressourcen und durch den gesellschaftlichen Wandel immer mehr an Bedeutung gewinnt. Es entstehen Upcycling-Produkte vom Feinsten, die unter dem Label EiNZIGWARE verkauft werden.

Fotos: 48° Süd

Das „Repair-Café“

Ein Zeichen setzen gegen die Wegwerfmentalität, dabei gemeinsam mit anderen ins Gespräch kommen und etwas lernen – das ist die Idee der Repair-Cafés, bei denen sich Reparatur und Geselligkeit auf ungewöhnliche Weise verbinden. Denn längst nicht alles, was von Händlern und Her-stellern als „nicht reparabel“ eingestuft wird, muss automatisch entsorgt werden: im Gegenteil lohnt es sich bei vielen Artikeln, ihnen eine „zweite Chance“ zu geben.

Ob Kleinelektro-, Holz- oder Lederwaren, Spielzeug, Stoff und Porzellan: an verschiedenen Thementischen setzen sich ehrenamtliche Fachleute mit Menschen zusammen. Gemeinsam wird versucht, das gute Stück zu retten.

48° Süd gGmbH

Ziele:
Beschäftigung, Qualifizierung und Vermittlung von Menschen mit Zugangsschwierigkeiten zum Arbeitsmarkt.

Kompetenzen:
1. Beschäftigungsfelder in den Bereichen Handwerk, Garten- und Landschaftspflege, KFZ-Meisterwerkstatt, Transport und Logistik, 5 Secondhand-Kaufhäuser, Elektrogeräteprüfungen, Stromsparcheck, Tafelgarten, FAIRKÖSTLICH- Catering

Insgesamt 92 Mitarbeitende in geförderten und ungeförderten Beschäftigungsverhältnissen.
80 Teilnehmende in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II
2. Qualifizierung, Beratung und Vermittlung von geflüchteten Menschen im Rahmen von Maßnahmen nach § 45 SGB II (Orientierungswerkstatt und „Perspektiven für Flüchtlinge“ (PERF))

Beratung, Kompetenzfeststellung und Vermittlung in den Projekten Integrationslotse und Nil 2.0 (Nachhaltige Integration langzeitarbeitsloser Menschen)

3. Anerkannte Inklusionsabteilungen für Menschen mit Handicap nach § 132 Abs. 1 SGB IX
(Elektrogeräteprüfung / Garten- und Landschaftspflege / Handwerkliche Dienstleistungen / Transport und Logistik)

Maßnahmen:
Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II
- 5 Secondhand Kaufhäuser „FAIRKAUF“
- Tafelgarten
- Stromsparcheck
- ESF Projekt FAIRCYCLING

Maßnahmen nach § 45 SGB III
- Integrationslotse
- Orientierungswerkstatt
- Perspektive für Flüchtlinge (PERF)

Coaching, Beratung, Vermittlung
ESF-Projekt NIL 2.0 Nachhaltige Integration Langzeitarbeitsloser Menschen

Ehrenamtliche Tätigkeit
- Repair Café

Auszeichnungen:
Umweltpreis der Erzdiözese Freiburg im Jahr 2014
Integrationspreis der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ (IDA) für das Projekt „FAIRKÖSTLICH“ im Jahr 2014

www.48gradsued.de

Fotos: 48° Süd

Orientierungswerkstatt

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der Beschäftigung. Qualifizierung und Vermittlung von geflüchteten Menschen. In diesem Rahmen betreiben wir eine Orientierungswerkstatt, in der bereits „anerkannte“ Flüchtlinge Grundlagenkenntnisse in der Holz- und Metallverarbeitung sowie im Malerhandwerk vermittelt bekommen. Begleitend hierzu werden ihnen deutsche Sprachkenntnisse und die deutsche Arbeitskultur vermittelt. Ziel ist eine passgenaue Vermittlung in Handwerksfirmen. Die Orientierungswerkstatt ist ein „offenes Haus“ in dem Personalverantwortliche aus handwerksfirmen jederzeit vorbei kommen können um die Teilnehmer vor Ort persönlich kennen zu lernen.

Unser Autor Patrick Krezdorn

Ist Geschäftsführer der 48°Süd gGmbH

krezdorn@48gradsued.de

Bildungspark Heilbronn-Franken

Der Bildungspark Heilbronn-Franken steht seit über zehn Jahren für berufliche Bildung in allen Altersgruppen. Ob Integration durch Sprachkurse, Ausbildung für Jugendliche, berufliche Qualifizierungsmaßnahmen oder Personalentwicklung: Die Angebote richten sich an Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen, an Unternehmen ebenso wie an Institutionen und Einrichtungen. Für sie werden maßgeschneiderte Programme entwickelt.

Die Fachbereiche bieten ein breites Spektrum: vom Berufsabschluss, der Aufstiegsfortbildung bis zur Kinderkrippe als Voraussetzung auch für Eltern und Alleinerziehende, sich weiterzubilden. Der Bildungspark gehört dem Qualitätszusammenschluss „Netzwerk für berufliche Fortbildung in Baden-Württemberg“ an und stellt regelmäßig Prüfungsbeste bei den jährlichen Prüfungen der Handwerkskammer. Er steht für eine der ersten Adressen in der Region, wenn es um Ausbildung, Umschulung und Qualifizierung geht.

Denn vermittelt wird, was Fachkräfte in den verschiedenen Berufsfeldern wirklich brauchen. Das belegt die hohe Zahl an Auszeichnungen. Jedes Jahr sind Schüler des Bildungsparks unter den Prüfungsbesten und erhalten Preise für ihre Bildungsabschlüsse. Das ist das sichtbare Ergebnis eines praxisnahen und handlungsorientierten Unterrichts.

Susanne Finkbeiner Schule

Bildungspark Heilbronn-Franken

Der Bildungspark Heilbronn-Franken gehört als Tochterunternehmen zur Aufbaugilde Heilbronn, die Mitglied im Diakonischen Werk der Evangelischen Landeskirche Württemberg ist. „Wir bauen Brücken in die Zukunft“, lautet das Motto unserer Einrichtung. Jeder soll sich selbst, seine Begabungen und Möglichkeiten entdecken und bei deren Entfaltung und Entwicklung begleitet werden. Das pädagogische Konzept steht für ein lebendiges und handlungsorientiertes Lernen. Es basiert auf der aktiven Zusammenarbeit aller Beteiligten auf Augenhöhe.

Wir arbeiten konsequent ressourcenorientiert, entwickeln und fördern die Kompetenz jedes Einzelnen, unabhängig von Religion, Kultur und sozialem Stand, Geschlecht und Alter. Der individuelle Weiterbildungsbedarf ist für uns Ausgangspunkt aller Überlegungen und Aktivitäten. Die Konzentration auf das Wesentliche hat dabei Priorität. Wir helfen dabei, Wissen aufzubauen und erfolgreich in die Praxis umzusetzen. Es geht um persönliche und berufliche Handlungskompetenz. Der Bildungspark schafft die Basis, um erfolgreich in Arbeit und Gesellschaft bestehen zu können.

Foto: Bildungspark Heilbronn-Franken

Vor Ort

Besonders stolz ist man auf den neuen Zweig der Susanne-Finkbeiner-Schule, die jungen Menschen überwiegend aus Förder- und Sonderschulen seit drei Jahren eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt gibt. Vorrangige Ziele sind der Hauptschul- und mittlere Bildungsabschluss, berufsvorbereitende Maßnahmen in unterschiedlichen Berufsfeldern und die Stärkung der Persönlichkeit. Die 2014 gegründete einjährige Sonderberufsfachschule vermittelt Schlüsselqualifikationen für den Berufseinstieg und berufliche Grundfertigkeiten in unterschiedlichen Berufsfeldern. Gestartet mit drei Klassen und 36 Schülern, sind es inzwischen 200 Schüler, die von 30 Lehrern, Meistern und Ausbildern in elf Klassen unterrichtet werden.

Fotos: Bildungspark Heilbronn-Franken

Der Bildungspark hilft auch bei der Integration von Flüchtlingen und Migranten, ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit in den vergangenen Jahren. Die angebotenen Integrationskurse nach Vorgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge bestehen aus einem Sprach- und Orientierungsunterricht. Angeboten werden auch spezielle Integrationskurse für Eltern oder Integrationskurse mit Alphabetisierung. Den Abschluss bildet die Sprachprüfung „Deutsch-Test für Zuwanderer“ (A2 –B1) und der Test zum Orientierungskurs „Leben in Deutschland“.

Selbstverständlich werden auch weiterführende und berufsbezogene Sprachkurse auf verschiedenen Sprachniveaus bis Hochschulniveau (C1) angeboten. Die Kinderkrippe des Bildungsparks übernimmt dabei die qualifizierte Betreuung von Kindern im Alter von sechs Monaten bis drei Jahren. So erhalten Eltern den notwendigen Freiraum, um die deutsche Sprache schnell und effizient zu lernen.

Veranstaltungstipps

Alle Seminare, Workshops & Tagungen auf einen Blick

17./18. Januar 2018 **Hannover**	**AZAV-Maßnahmezulassung** Referentin: Dr. Gunda Pantijelew, bag cert gmbh
22./23. Januar 2018 **Hannover**	**Zuwendungsrecht und Abrechnungswesen - Professionell und prüfungssicher mit Fördermitteln umgehen** Referenten: Alexander Willberg, Projektinnovation SH GmbH, Ulrike Neubauer, Projektinnovation SH GmbH
23./24. Januar 2018 **Frankfurt am Main**	**Kompetenzenbilanz** Referent: Fabian Weiß, PerformPlus
25. Januar 2018 **Hannover**	**Vergaben von AMDL nach neuem Recht - über und unter den Schwellenwerten** Referent: Dr. Rainer Noch, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht
06./07. Februar 2018 **Berlin**	**Mehr Rollenklarheit, mehr Methodensicherheit - Fortbildung für Führungskräfte in der Sandwichposition** Referent: Andreas Rauchfuß, Move Organisationsberatung
16. Februar 2018 **Hannover**	**Sozialversicherung 2018 - Aktuelles und Änderungen zum Jahreswechsel 2017/2018** Referent: Bernd Dondrup, KK-Betriebswirt, Referent, Dozent, Autor
20. Februar 2018 **Frankfurt am Main**	**„Hilfe, der Teilnehmende hat Schulden!“** Referent: Roman Schlag, Dipl. Sozialarbeiter, Sprecher der AG Schuldnerberatung der Verbände
26. Februar 2018 **Würzburg**	**Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen** Referent: Andreas Hammer, social support GmbH
26./27. Februar 2018 **Hannover**	**Akquise und Antragstellung von Fördermitteln für gemeinnützige Aktivitäten in der Praxis** Referent: Torsten Schmotz, Förderlotse
28. Febr./01. März 2018 **Frankfurt am Main**	**Konsumreduktionsprogramme für Menschen mit Suchtproblemen** Referent: Christoph Straub, GK Quest Akademie
8. März 2018 **Würzburg**	**Vergaben von AMDL nach neuem Recht - über und unter den Schwellenwerten** Referent: Dr. Rainer Noch, Rechts-und Fachanwalt für Vergaberecht
15. März 2018 **Hannover**	**Sammlung und Recycling von Elektro(nik)altgeräten** Referent: Dr. Brüning, Dr. Brüning Engineering UG

weitere Informationen zu allen Veranstaltungen finden Sie auf:
www.bagarbeit.org/site/veranstaltungen

Veranstaltungstipps

9. April 2018 **Berlin**	**Wie Führungskräfte Arbeitssicherheit durch Pflichten-delegation in den Griff bekommen** Referent: Georg Vogel, KOMED-München
11. April 2018 **Frankfurt am Main**	**Einstieg ins betriebliche Nachhaltigkeitsmanagement** Referent: Nils Wittke, nw | consulting
18./19. April 2018 **Hannover**	**Das Geheimnis des Gelingens ... Frauenspezifische Beratungs- und Integrationsarbeit** Referentin: Tarla B. Naffin, AJO e.V.
23. April 2018 **Hannover**	**Rechtsvereinfachung § 16h SGB II - Förderung schwer zu erreichender junger Menschen** Referent: Andreas Hammer, social support GmbH
03./04. Mai 2018 **Kassel**	**Jetzt rede ich - beim freien Reden und im persönlichen Auftreten überzeugen** Referentin: Britta Sophie Weck
07./08. Mai 2018 **Hannover**	**Seminar für Datenschutzbeauftragte** Referent: Gerfried Riekewolt, Dipl.Ing., Dipl.Soz.Päd., Datenschutz-Auditor
15. Mai 2018 **Hannover**	**Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Geflüchteten** Referent: Volker Gerloff, Rechtsanwalt
11. Juni 2018 **Hannover**	**Arbeiten mit Förderplänen** Referent: Andreas Hammer, social support GmbH
11./12. Juni 2018 **Bielefeld**	**Ressourcenorientierte Beratungskompetenzen** Referentin: Stephanie Frenzer, Move Organisationsberatung
12./13. Juni 2018 **Berlin**	**Betriebswirtschaftliche Kompetenz in sozialen Betrieben** Referent: Christoph Gruber, Diplom-Kaufmann, Personal- und Organisationsentwickler
18. Juni 2018 **Kassel**	**Im Fadenkreuz der Betriebsprüfer der Deutschen Rentenversicherung** Referent: Bernd Dondrup, KK-Betriebswirt, Referent, Dozent, Autor
20. Juni 2018 **Hannover**	**Fördermittel für gemeinnützige Projekte - Wo und wie Sie öffentliche und private Zuschüsse gezielt einwerben können** Referent: Torsten Schmotz, Förderlotse
25. Juni 2018 **Berlin**	**Aktuelle Entwicklungen im SGB II** Referent: Andreas Hammer, social support GmbH

Nachgefragt bei Fabian Weiß, unserem Experten für die Kompetenzenbilanz im Tagungszentrum. Er ist Laufbahnberater in eigener Praxis und Mitgründer von PERFORMPLUS.

Was machen Sie eigentlich sonst so?

Name:
Fabian Weiß

Größe:
178 cm

Sternzeichen:
Löwe

Warum gerade Laufbahnberatung?
Mich treibt der humanistische Gedanke an, dass jeder Mensch den Wunsch und die Fähigkeiten hat, sich weiterzuentwickeln. Wenn ich dabei behilflich sein kann, erfüllt mich das mit Glück.

Sind Sie Frühaufsteher?
Ja - aber fremdbestimmt!

Wenn Sie mal kochen, dann...
...oft und gerne. Am liebsten aber eine große Paella für 20 Freunde im Garten.

Wie sieht ein für Sie typisches Mittagessen aus?
Eine Tasse Kaffee: Ich esse zumeist in Teilzeit (zwischen 14.00 und 20 Uhr).

Welche Vorurteile Ihres Berufs bestätigen Sie?
Dass ich mehr Fragen stelle, als Antworten zu geben.

Was geht gar nicht?
Verantwortungslosigkeit für Mensch und Natur.

Ihre letzte Reise ging ...
...an die Westküste von Irland (traumhaft!).

Als Kind dachte ich...
...dass man alles werden kann, was man sich vorstellt.

Heute weiß ich...
...dass man sich vorstellen muss, was man werden will.

Worauf könnten Sie niemals verzichten?
Auf gute Gespräche.

Wo würden sie sonst gerne leben/arbeiten?
Ich möchte gerne ein Buch schreiben und dabei aufs Meer blicken können.

Elbphilharmonie vs. Flughafen Berlin Brandenburg. Wo wird man Sie eher antreffen?
Lieber im Theater - aber leider viel öfter an Bahnhöfen.

Abonnement – forum arbeit

Antwort – Fax

030 / 28 30 58 20

forum arbeit erscheint viermal im Jahr. Sie finden in der Verbandszeitschrift aktuelle Artikel, Interviews und Berichte sowie einen umfangreichen Serviceteil mit Terminen, Adressen und Literaturtipps rund um das Thema Beschäftigungsförderung.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt zurzeit Euro 20,00 (zzgl. Versand und ggf. 7% MwSt.).

✂ ----------

❑ Ich/ wir möchte/ n forum arbeit abonnieren und bitte/ n um Zusendung mit Rechnung an folgende Anschrift:

Name und Anschrift des Unternehmens:

_____

_____

_____

Datum:_____ Unterschrift:_____

Bitte faxen (030- 283 058 20) Sie uns das ausgefüllte Formular zurück, senden uns das Formular per Email (info@bagarbeit.de) oder per Post an die bag arbeit, Brunnenstr.181, D-10119 Berlin.

Herausgeber:
bag arbeit e.V.
Brunnenstraße 181
D-10119 Berlin
Telefon: 030 / 28 30 58-0
Telefax: 030 / 28 30 58-20
E-Mail: arbeit@bagarbeit.de
www.bagarbeit.de

© bag arbeit e.V. (Hrsg.), 2017
Verantwortlich: Dr. Judith Aust
Redaktion: Alina Simon
Gestaltung und Satz:
Julia Baumgart Photography & Graphic Design

Bildnachweis (Titel):
48° Süd, Bildungspark, Julia Baumgart